

Wochendienst

Auswahl aus den Mitteilungen der vergangenen Woche
Alle Ausgaben des Wochendienstes finden Sie im Internet
unter: www.hamburg.de/wochendienst

Nr. 9

vom 5. März 2010

Redaktion: Katja Richardt

Bund

867. Sitzung des Bundesrates2

Inneres

Kriminalstatistik 2009.....4

Wirtschaft und Hafen

Hamburg Port Authority prämiert beste Konzepte für das geplante
Central Terminal Steinwerder7

Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen

Senat beschließt 10-Mio. Euro zusätzlich für Straßen11

Pilotprojekt für Dämmung von Backsteingebäuden.....12

SAGA GWG baut mehr neue Wohnungen.....14

Schule, Jugend und Berufsbildung

Gastschüler: Schleswig-Holstein und Hamburg einig.....17

Bewerbungsstart für START-Schülerstipendien.....19

Justiz

Vorratsdatenspeicherung: Karlsruher Richter zeigen der
Überwachungsgier die rote Karte23

Kultur

Frappant Künstler ziehen in Viktoria-Kaserne.....24

70.000 Euro für Kinder- und Jugendkulturprojekte.....25

Personen

Benno Hain neuer Leiter der Leitstelle Klimaschutz.....26

Zur Information

Newsletter des Finanzgerichts Hamburg27

Terminkalender28

4. März 2010/lv04

An der 867. Sitzung des Bundesrates am Freitag, 5. März 2010, nehmen Bürgermeister Ole von Beust und Senator Dietrich Wersich teil.

Die Tagesordnung umfasst 27 Punkte.

Kinderlärm gehört dazu und nicht verboten.

Der Bundesrat berät über Geräuschemissionen aus Kinder- und Jugendeinrichtungen. Hamburg spricht sich dafür aus, dass auch durch Bundesrecht Kinderlärm endlich als Ausdruck natürlicher Lebensäußerung von Kindern anerkannt wird und in der Regel auch in Wohngebieten hingenommen werden muss. Dadurch sollen bundesweit Klagen zum Beispiel gegen die Eröffnung von Kindertagesstätten in Wohngebieten erschwert werden. Die Bundesregierung wird aufgefordert, die notwendigen gesetzlichen Änderungen insbesondere im Lärmschutz- und im Bauplanungsrecht in die Wege zu leiten. Zwar hat die Bundesregierung entsprechende Regelungen in ihrem Koalitionsvertrag benannt; ob und vor allem wann tatsächlich dies umgesetzt wird, ist bislang offen. Hamburg hält deshalb an seinen Plänen fest, durch landesrechtliche Regelungen soweit wie möglich die notwendigen Kindertageseinrichtungen auch in Wohngebieten von entsprechenden rechtlichen Risiken freizuhalten.

Stabilitätsrat übernimmt Aufgaben des Finanzplanungsrates

Hamburg unterstützt einen Gesetzentwurf zur Abschaffung des Finanzplanungsrates. An seine Stelle tritt der Stabilitätsrat, der im Rahmen der Föderalismuskommission II geschaffen wurde. Seine Aufgabe wird die Überwachung der Haushalte des Bundes und der Länder insbesondere im Hinblick auf die ab 2020 für die Länder und ab 2016 für den Bund einzuhaltenden grundsätzlich ausgeglichenen Haushalte sein. Bund und Länder müssen dem Rat regelmäßig über ihre aktuelle Haushaltslage, ihre Finanzplanung, die Einhaltung der verfassungsmäßigen Schuldenregel und über die mittelfristige Haushaltsentwicklung berichten. Im Gegensatz zum Finanzplanungsrat, der nur "Empfehlungen" geben durfte, kann der Stabilitätsrat mehrheitlich "Beschlüsse" fassen. Ergebnisse und Beratungsunterlagen der Sitzungen werden veröffentlicht. Diese Transparenz soll die Wirkung des Frühwarnsystems zur Haushaltsdisziplin stärken.

Gegenseitige Anerkennung von Geldstrafen und Geldbußen in der EU

Der Bundesrat beschließt auch über den Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung des Rahmenbeschlusses des Europäischen Rates zur gegenseitigen Anerkennung von Geldstrafen und Geldbußen. Zum einen wird dieses Gesetz erlauben, dass Geldsanktionen, die in Deutschland verhängt worden sind, auch in anderen Mitgliedstaaten vollstreckt werden können. Zum anderen können zukünftig auch Geldstrafen, die in anderen Mitgliedstaaten verhängt wurden, in Deutschland vollstreckt werden. Voraussetzung ist ein entsprechendes Ersuchen des Mitgliedstaates, welcher die Geldsanktion verhängt hat, an den Mitgliedstaat, in dem diese vollstreckt werden soll. Die Einnahmen kommen dabei dem vollstreckenden Staat zugute. Häufigster Anwendungsfall des neuen Gesetzes werden aller Voraussicht nach Bußgelder im Bereich der Verkehrsordnungswidrigkeiten sein. Hier wurde in der Vergangenheit häufig auf die Verhängung von Geldsanktionen verzichtet.

Hamburg unterstützt Rücknahme der Vorbehaltserklärung zur UN-Kinderrechtskonvention

Die UN-Kinderrechtskonvention hat den Rang einer Menschenrechtserklärung für Kinder. Die zentrale Botschaft der bestehenden Kinderrechtskonvention lautet: Alle Kinder haben gleiche Rechte. Die Kinderrechtskonvention wurde von 192 Staaten ratifiziert. Deutschland hat die

Konvention jedoch mit dem Vorbehalt unterzeichnet, dass sie nicht generell zur Anwendung kommt. Außerdem soll die Konvention das Ausländer- und Asylrecht nicht beeinträchtigen. Der Bundesrat beschließt, ob dieser Vorbehalt zurückgenommen werden soll, was Hamburg unterstützt.

Für Rückfragen:

**Sabine Spitzer,
Koordinierung Bundesrat, Presse
Freie und Hansestadt Hamburg, Vertretung beim Bund
Tel. 0 30 – 2 06 46-109 www.hamburg.de/landesvertretung**

4. März 2010 / bfi04

Kriminalstatistik 2009:

Sicherheitslage in Hamburg weiterhin stabil

Neue Kriminalitätszahlen auf dem Niveau der Vorjahre

Innensenator Christoph Ahlhaus, Polizeipräsident Werner Jantosch und der Leiter des Hamburger Landeskriminalamtes, **Leitender Kriminaldirektor Reinhard Chedor**, haben am Donnerstag, 4. März 2010, die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) für das Jahr 2009 vorgestellt. Die registrierte Kriminalität stieg im vergangenen Jahr um + 380 Taten oder + 0,2 Prozent auf 236.824 Delikte. Damit bewegt sich die Kriminalität in etwa auf Vorjahresniveau. Die Aufklärungsquote stieg von 45,5 Prozent auf 47,7 Prozent (+ 2,2 Prozentpunkte).

Innensenator Christoph Ahlhaus: „Die gegenüber dem Vorjahr konstanten Kriminalitätszahlen zeigen, dass wir unverändert auf dem richtigen Weg sind. Bis vor zehn Jahren hatten wir noch jährlich etwa 50.000 – in der Spitze 80.000 Straftaten mehr als heute – Hamburg ist seitdem sehr viel sicherer geworden. Diese positive Entwicklung ist das Produkt einer jahrelangen konsequenten Polizeiarbeit und erfolgreichen Verbrechensbekämpfung. Rückgänge bei den Tötungs- und Sexualdelikten sowie den Raubstrafaten in der Öffentlichkeit sind der klare Beleg dafür. Die steigenden Zahlen bei den gefährlichen Körperverletzungen im öffentlichen Raum machen aber auch ganz deutlich, dass wir uns keinesfalls zurücklehnen dürfen und der Gewalt mit allen zur Verfügung stehenden gesellschaftlichen Mitteln begegnen müssen. Für ihre engagierte Leistung möchte ich den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Polizei Hamburg stellvertretend für alle Menschen danken, für die sie Tag und Nacht ansprechbar sind.“

5.467 Diebstahlsdelikte weniger:

Nach einem zwischenzeitlichen leichten Anstieg von + 1,0% im Jahr 2007 setzt sich der seit 2002 festgestellte rückläufige Trend bei der Diebstahlskriminalität insgesamt weiter fort. Im Jahr 2009 ist wiederum ein Rückgang um - 5.467 auf 102.829 Fälle (- 5,0%) festzustellen. Die Aufklärungsquote hat dabei um - 0,1 Prozentpunkte auf 20,4% abgenommen.

Der Rückgang ergibt sich im Wesentlichen aus den gesunkenen Fallzahlen bei Diebstählen rund um das Kraftfahrzeug (- 4.552 Fälle bzw. -17,6 %), Einbrüchen in Boden- und Keller-

räume (- 809 Taten, dies entspricht - 18,6%) sowie in Büro- und Lagerräume (- 843 Fällen bzw. - 19,5%).

Beim Wohnungseinbruch von 6.811 auf 7.006 (+ 195 Taten bzw. + 2,9% mehr als 2008), beim Fahrraddiebstahl insgesamt von 12.322 auf 12.997 (+ 675 Fälle bzw. + 5,5%) sowie beim Taschendiebstahl insgesamt von 9.937 auf 10.803 (+ 866 Straftaten mehr bzw. + 8,7% mehr als 2008) wurden Anstiege verzeichnet.

Starke Schwankungen in Bereichen der Gewaltkriminalität:

Die Entwicklung der Gewaltkriminalität verlief für die einzelnen darunter zusammengefassten Deliktsbereiche uneinheitlich. Insgesamt stieg die Gewaltkriminalität um + 728 Taten oder +8,2% bzw. auf 9.574 Fälle an.

Rückläufig sind die Fallzahlen bei den vorsätzlichen Tötungsdelikten (Mord sowie Totschlag / Tötung auf Verlangen). Nach 77 Taten im Vorjahr sind sie auf 61 Fälle im Jahr 2009 zurückgegangen. Auch die Fälle von Vergewaltigung / besonders schwere Fälle der sexuellen Nötigung sind nach einem Anstieg im Vorjahr im Jahr 2009 um 39 Fälle (- 15,7%) auf 210 Taten zurückgegangen.

Bei den Raubstraftaten ist insgesamt eine geringfügig rückläufige Entwicklung festzustellen. Es wurden 2.971 Taten registriert, das sind - 34 (- 1,1%) weniger als 2008. Wie schon in den vergangenen Jahren gingen die sonstigen Raubüberfälle auf Straßen, Wegen oder Plätzen weiter um - 0,9% (- 16 Fälle) auf nunmehr 1.783 Taten zurück. Auch der Handtaschenraub (176 Fälle) nahm 2009 nach einem Anstieg im Vorjahr wieder ab (- 18 Fälle bzw. um - 9,3%).

Einen Anstieg gab es hingegen beim Geschäftsraub, hier stiegen die Fallzahlen um 40 Fälle (+ 21,4%) auf 227 Taten im vergangenen Jahr. Auch die zur Gewaltkriminalität zählenden Taten der gefährlichen und schweren Körperverletzung stiegen im Berichtsjahr deutlich um +818 (+ 14,8%) auf nun 6.328 Fälle, von denen rund zwei Drittel auf Straßen, Wegen oder Plätzen – also im öffentlichen Raum – begangen wurden.

Verlagerungen bei Körperverletzungsdelikten:

Der Entwicklung der Vorjahre folgend nahm die Fallzahl der Körperverletzungsdelikte insgesamt geringfügig um + 341 Taten (+ 1,5%) auf 22.452 Fälle im Jahr 2009 zu. Die verschiedenen Körperverletzungsdelikte entwickelten sich 2009 uneinheitlich. Während die Fälle der vorsätzlichen leichten Körperverletzungen um - 423 Taten (- 2,7%) zurückgingen, stieg die Fallzahl schwerer / gefährlicher Körperverletzungen um + 818 (+ 14,8%) an.

Großverfahren im Betrugsbereich erfolgreich abgeschlossen:

Die Fallzahl beim Betrug stieg 2009 um + 8.327 Fälle (bzw. + 26,1%) auf 40.248 Taten an. Maßgeblichen Anteil an dieser Entwicklung hatte ein 2005 begonnenes Ermittlungsverfahren des Anlagebetrugs, das 2009 abgeschlossen und mit 9.581 aufgeklärten Einzeltaten in die Polizeiliche Kriminalstatistik eingestellt wurde. Ohne dieses Großverfahren würde die Gesamt-Jahresbilanz einen Rückgang der registrierten Straftaten ausweisen, die Aufklärungsquote wäre unverändert auf dem Vorjahresniveau.

Brandstiftungen rückläufig:

Bei der vorsätzlichen Brandstiftung und dem Herbeiführen einer Brandgefahr hat es 2009 trotz der Fahrzeugbrände in der Stadt einen Rückgang um - 36 Taten (- 8,6%) auf 384 Fälle gegeben.

Weniger Sachbeschädigungen in der Stadt:

Der über die vergangenen Jahre festzustellende leichte Anstieg bei den Sachbeschädigungen hat sich 2009 nicht fortgesetzt. Die Fallzahlen sind gegenüber dem Vorjahr um - 289 Taten bzw. - 1,1% auf 26.019 Fälle gesunken.

Öffentlich wahrnehmbare Drogenkriminalität kaum noch feststellbar:

Die Rauschgiftdelikte nahmen weiterhin um - 10,8% bzw. - 1.135 auf 9.332 Fälle ab. Beim illegalen Handel / Schmuggel bzw. der illegalen Einfuhr von Betäubungsmitteln wurden 1.757 Fälle und damit - 133 (- 7,0%) weniger als im Jahr 2008 festgestellt. Die Fortführung der Maßnahmen aus der „Handlungsanweisung zur Bekämpfung öffentlich wahrnehmbarer Drogenkriminalität“ hat auch 2009 dazu geführt, dass die mit diesem Kriminalitätsphänomen einher gehenden Erscheinungsformen in der Öffentlichkeit weitestgehend nicht mehr festzustellen sind.

Für Rückfragen:

Behörde für Inneres, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Ralf Kunz und Thomas Butter Tel. 0 40 – 42839-2678 und -2670,

E-Mail: pressestelle@bfi-a.hamburg.de; Internet: www.hamburg.de/innenbehoerde/

Der Hafen der Zukunft ist innovativ, erlebbar, umweltverträglich und setzt auf die Schiene

Hamburg Port Authority prämiiert beste Konzepte für das geplante Central Terminal Steinwerder (CTS)

Hamburg, 03. März 2010 – Eine Wasserwand als Lärmschutz, Energie aus Holzhackschnitzeln, Züge statt Lastwagen, Wassertaxis oder Seilbahnen für Besucher und dazu hoch leistungsfähige, innovative und umweltverträgliche Umschlaganlagen – das Markterkundungsverfahren zum Central Terminal Steinwerder (CTS) brachte eine Fülle an Ideen für den Hamburger Hafen der Zukunft. 35 Unternehmen aus der ganzen Welt hatten an dem Ideenwettbewerb der Hamburg Port Authority (HPA) Interesse angemeldet, ein Dutzend ausgefeilte Konzepte für das 125 Hektar große Gebiet standen am Ende im Auswahlverfahren.

Eine unabhängige Jury hatte die schwierige Aufgabe, die exzellenten Konzepte zu bewerten. Als Sieger ging Royal Haskoning (United Kingdom) hervor mit einem CO₂ neutralen Terminal, das in der Planung in eine Halbinsel mit Erlebniswert eingebettet wird. Auf Platz zwei landete das von innovativer Umschlagstechnik geprägte Konzept von ECT Delta Terminals (Niederlassung von Hutchison Port Holdings in Nordeuropa). Den dritten Platz teilen sich die Buss Group (Hamburg), die auf ein modernes Multipurpose-Terminal setzt, und die Transcare AG (Wiesbaden) mit einem Lkw-freien, „gläsernen“ Terminal. Die ProLogis Germany Management GmbH (Hannover) legte ein gemeinsam mit dem Bauunternehmen STRABAG entwickeltes Konzept vor. Die darin vorgestellte vierstöckige Logistikhalle, die von Lastwagen befahren werden kann, wurde mit einem Sonderpreis gewürdigt.

Axel Gedaschko, Senator für Wirtschaft und Arbeit: „Die Gestaltung des Central Terminals Steinwerder auf dem Gebiet des Mittleren Freihafens ist ein überaus zukunftsweisendes Projekt im Herzen des Hafens. Die Freie und Hansestadt Hamburg ging immer mit der Zeit was die Entwicklung des Hafens betraf, wie zum Beispiel bei der Umstellung von Stückgut auf Container. Die Entscheidung, ein internationales Markterkundungsverfahren durchzuführen, hat sich vor dem Hintergrund der Weltwirtschaftskrise als goldrichtig erwiesen.“

Wichtigste Kriterien des marktorientierten Ideenwettbewerbs waren, die Fläche im Herzen des Hamburger Hafens effizient zu nutzen und dabei im Sinne des Hafens der Zukunft Umwelt- und Nachhaltigkeits-gesichtspunkte zu berücksichtigen. „In allen eingereichten Konzepten stecken ausgezeichnete Ideen“, so Jens Meier, Vorsitzender der HPA-Geschäftsführung. Deswegen will die HPA nicht nur mit den Siegern im Gespräch bleiben. „Gerade die internationale Resonanz zeigt, dass der Hamburger Hafen als Weltumschlagsplatz ungebrochen im Fokus von Reedereien, Umschlagsunternehmen und hafenaffinen Unternehmen steht“, so Meier weiter.

Die Ergebnisse aus dem Markterkundungsverfahren fließen nicht nur in die Planungen des CTS sondern auch in den Hafenenwicklungsplan ein, den die Hamburg Port Authority derzeit erstellt. „Gerade die Themen Nachhaltigkeit, Umweltverträglichkeit und Städtebau werden für den Hamburger Hafen angesichts seiner Nähe zur Stadt in Zukunft eine noch bedeutendere Rolle spielen“, betont der HPA-Geschäftsführer.

Die nächsten konkreten Schritte für die Umwandlung des „mittleren Freihafens“ in ein modernes Central Terminal Steinwerder werden in den kommenden Monaten geplant. Im Fokus steht dabei die marktgerechte Entwicklung des Hafens. Formale folgen das Planfeststellungsverfahren für das Areal und die europaweite Ausschreibung, in der nach einem oder mehreren Betreibern des Terminals gesucht wird. Die reine Bauzeit für die Umgestaltung wird auf sechs Jahre geschätzt.

Die Gewinner des Markterkundungsverfahrens:

1. Platz:

Royal Haskoning: „Die Hamburg Port Authority hat durch das Markt-erkundungsverfahren neue Wege beschritten und bei Royal Haskoning waren wir begeistert von der Möglichkeit für einen der wichtigsten Häfen Europas unser innovatives, nachhaltiges und für die Öffentlichkeit erfahrbares Konzept für das CTS entwickeln und vorstellen zu können. Das Konzept repräsentiert ein CO₂ neutrales, automatisiertes und Lkw-freies Containerterminal mit optimierter Flächennutzung. Daraus ergeben sich Möglichkeiten für andere, zusätzliche Nutzungen wie zum Beispiel die Erzeugung regenerativer Energien in verschiedenen Varianten sowie, erstmals in einem Containerterminal, die Integration von Grünflächen. Das Terminal wird durch den von Royal Haskoning gewählten ganzheitlichen Ansatz zu einer Attraktion, ohne Abstriche in der Effizienz machen zu müssen.“ Royal Haskoning ist ein im maritimen Bereich marktführendes Planungs- und Ingenieurbüro und mit über 4000 Mitarbeitern weltweit

2. Platz:

ECT Delta Terminals: „Die Niederlassung von Hutchison Port Holdings (HPH) in Nordeuropa hat an dem Markterkundungsverfahren für das CTS teilgenommen, weil der Hafen Hamburg eine bedeutende Rolle im für die HPH wichtigen Markt im Fahrgebiet Le Havre – Hamburg spielt. Der Hafen Hamburg verfügt aus Sicht von ECT über einen attraktiven Lokomarkt, sehr gute Eisenbahnverbindungen nach Zentraleuropa und eine starke Position in den Umschlagsmärkten der ScanBaltic. Im Konzeptplan der HPH wurde beim Design des CTS Terminals das Hauptaugenmerk auf eine effiziente Flächen- und Kainutzung gerichtet, wobei die Containerabfertigung so umweltfreundlich wie möglich gestaltet wurde. Das Konzept sieht einen hohen Automationsgrad der Geräte vor, die zum größten Teil nicht mit Dieselmotoren, sondern elektrisch angetrieben werden. Da der Terminal sich in unmittelbarer Nachbarschaft zur Stadt Hamburg befindet, ist es für eine Umsetzung des Projektes ausgesprochen wichtig, dass das Projekt von der Bevölkerung akzeptiert wird. Weitere entscheidende Erfolgsfaktoren sind ein bedarfs- und zeitgerechter Ausbau, die Vertiefung der Fahrrinne der Elbe sowie koordinierte Kunden-, Hinterland- und Umschlagsstrategien.“

3. Platz:

Dr. Johann Killinger, geschäftsführender Gesellschafter Buss Group: „Die Buss-Gruppe ist seit 90 Jahren als traditionelles Hafenundernehmen mit dem Hamburger Hafen verwurzelt. Mit unserer Erfahrung wollen wir diesen Standort als universalen Hafen weiterentwickeln, denn wir bieten schon heute Lösungen für jede Art von Gütern – auch über den Container hinaus. Diese Flexibilität in Kombination mit einem stufenweisen Ausbau der Flächen bietet in unserem Konzept eine flexible Reaktion auf die Marktentwicklung in jeder Bauphase. Dieser Ansatz bringt den Hafen Hamburg flexibel in die Zukunft.“

Ralf Jahncke, Vorstandsvositzender der TransCare AG:

„Die zentrumsnahe Lage des zu beplanenden Hafengebietes hat uns gereizt, Pragmatismus und Innovation zu vereinigen. Hamburg als moderner Hafen ist im besonderen Maße geeignet, einen solchen „Leuchtturm“ zu setzen“, sagt Ralf Jahncke, Vorstandsvositzender der TransCare AG, ein global agierendes und auf umweltverträgliche Logistik und Transportprojekte spezialisiertes Beratungsunternehmen.

Sonderpreis:**Roland Hennebach, First Vice President der ProLogis Germany Management GmbH:**

„ProLogis hat sich in der jüngsten Vergangenheit als Immobilienentwickler und Investor am Standort Hamburg erfolgreich engagiert. Wir betrachten Hamburg als einen der wichtigsten europäischen Logistikmärkte mit auch weiterhin hohem Wachstumspotential, auf dem wir unser Engagement auch weiterhin ausbauen wollen. In diesem Zusammenhang haben wir unsere Kompetenz als Logistikkimmobilien-entwickler in das Markterkundungsverfahren CT Steinwerder eingebracht und ein innovatives Konzept, das der Flächenknappheit der Freien und Hansestadt Hamburg Rechnung trägt, eingebracht. Wir freuen uns, dass die Jury unser Konzept mit einem Sonderpreis honoriert hat.“

Hamburg Port Authority

Die Hamburg Port Authority betreibt seit 2005 ein zukunftsorientiertes Hafenmanagement aus einer Hand. Als Anstalt öffentlichen Rechts ist die HPA verantwortlich für die effiziente, Ressourcen schonende und nachhaltige Vorbereitung und Durchführung von Infrastrukturmaßnahmen im Hafen. Die HPA ist Ansprechpartner für alle Fragen der wasser- und landseitigen Infrastruktur, der Sicherheit des Schiffsverkehrs, der Hafenanlagen, des Immobilienmanagements und der wirtschaftlichen Bedingungen im Hafen. Dazu stellt die HPA die erforderlichen Flächen bereit und übernimmt alle behördlichen Aufgaben und hafenwirtschaftlichen Dienstleistungen. www.hamburg-port-authority.de

02. März 2010/bsu02

Senat beschließt 10-Mio. Euro zusätzlich für Straßen Reparatur der schlimmsten Frostschäden soll schnell erfolgen

Der Senat hat zur Beseitigung von Winterschäden auf Hamburgs Straßen heute 10 Millionen Euro zusätzlich bereit gestellt. Vorbehaltlich der Zustimmung der Bürgerschaft stehen damit in diesem Jahr zur Sanierung von Straßen und Wegen einschließlich der Grundinstandsetzungen Mittel in Höhe von 49 Millionen Euro zur Verfügung.

Die größten Schäden sollen schnell repariert werden. Bis zum 12. März melden die Bezirksämter ihre dringendsten Maßnahmen auf Hauptverkehrsstraßen an die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt. Aus den Meldungen werden dann umgehend Prioritäten gebildet, nach denen die Sanierungen vorgenommen werden. „Zusammen mit den Bezirken werden wir uns einen Gesamtüberblick über den Sanierungsbedarf verschaffen und mit dem 10-Millionen-Euro-Sofortprogramm schnell die dringendsten Straßenschäden sanieren“, sagte Stadtentwicklungssenatorin Anja Hajduk.

Sollte sich zeigen, dass die insgesamt in diesem Jahr für Sanierungen zur Verfügung stehenden Mittel in Höhe von 49 Millionen Euro nicht reichen, werden möglicherweise weitere Mittel zur Verfügung gestellt.

Schäden, von denen eine direkte Gefahr ausgeht, werden bereits jetzt laufend saniert. Aktuell stehen in dieser Woche Reparaturen u.a. in folgenden Straßen an:

Elbgaustraße, Schenefelder Landstraße, Fruchttallee, Bundesstraße, Horner Weg, Billstraße, Cuxhavener Straße, Winsener Straße, Bramfelder Chaussee, Öjendorfer Damm.

Bereits am Wochenende vom 12. – 14.03.2010 wird die seit Anfang Februar teilweise gesperrte Edmund-Siemers-Allee weitgehend neu asphaltiert, wenn dies das Wetter zulässt. Die Straße wird während der Bauarbeiten für den Autoverkehr komplett zwischen den Kreuzungen Mittelweg und Grindelallee gesperrt, Busse sind nicht betroffen.

Rückfragen: Helma Krstanoski, Pressestelle der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Tel.: 040 428 40 – 20 58, oder -3063, -3249, -2051, helma.krstanoski@bsu.hamburg.de

04. März 2010/bsu04

Pilotprojekt für Dämmung von Backsteingebäuden BSU unterstützt Sanierung und Modernisierung denkmalgeschützter Gebäude des Wohnungsunternehmens FRANK am Dulsberg

Die FRANK Siedlungsbaugesellschaft mbH & Co. KG, ein Unternehmen der FRANK-Gruppe, beginnt im Mai mit der energetischen Modernisierung eines denkmalgeschützten Wohngebäudes in der Schlettstadter Straße 3 – 5 am Dulsberg in Hamburg. Bei dem Vorhaben wird der Stil des Backsteingebäudes durch das Aufbringen einer neuen Klinkerfassade erhalten. Die umfangreichen Modernisierungsmaßnahmen werden zu einer Einsparung des Jahresprimärenergiebedarfs von knapp 50 Prozent führen und somit die Emission giftiger Treibhausgase reduzieren. Mit dem Abschluss der Arbeiten ist Ende 2010 zu rechnen. Das Gesamtinvestitionsvolumen der Maßnahme liegt bei rund 2,7 Millionen Euro. Die Stadt Hamburg und die Hamburgische Wohnungsbaukreditanstalt fördern das Modernisierungsvorhaben mit Zuschüssen in Höhe von rund 919.000.- Euro.

Einzigartige Modernisierung eines Klinkergebäudes in Hamburg

Das Gebäude am Dulsberg ist seit der Errichtung 1928 durch den Architekten Paul A. R. Frank im Bestand der FRANK-Gruppe. Integrierte Laubengänge und Rundbalkone machen das Backsteingebäude zu einem herausragenden Vertreter der Ära Fritz Schumachers. Bei der wissenschaftlich begleiteten Maßnahme handelt es sich um ein Pilotprojekt mit dem Erfahrungen für folgende denkmalgerechte Sanierungen gesammelt werden sollen. Alleine in der Siedlung am Dulsberg sind noch acht denkmalgeschützte Wohnblöcke, die noch nicht saniert sind. „Es liegt in unserer Verantwortung, den einzigartigen Charakter der Laubenganghäuser am Dulsberg zu bewahren, die Teil der spezifischen Hamburger Baukultur mit internationaler Bedeutung sind“, sagt Jörn Walter, Oberbaudirektor der Stadt Hamburg. Erstmals wird in Hamburg an einem denkmalgeschützten Haus eine vorgesezte Vollstein-Klinkerfassade vor die aufzubringende Dämmung gebaut. Aufgrund der um rund 50 Prozent höheren Kosten im Vergleich zu herkömmlichen Dämmverfahren, bezuschusst die Stadt das Pilotprojekt entsprechend.

Frank Pieter Hesse, Leiter des Denkmalschutzamtes: „Durch diese Förderung konnten wir eine zukunftsweisende Alternative zur üblichen Wärmedämmung entwickeln, die auch den denkmalpflegerischen Kriterien standhält.“

„Am Dulsberg erreichen wir einen sehr guten Ausgleich zwischen Denkmalschutz und attraktiver Wohnqualität. Unser Ziel ist es, das Gebäude langfristig zu erhalten und an moderne Wohnungsbaustandards heranzuführen“, erklärt Hans-Jürgen Schauenburg, geschäftsführender Gesellschafter der FRANK-Gruppe.

Mieter profitieren von sinkenden Heizkosten und steigendem Wohnkomfort

Zusätzlich wird auf dem Flachdach des Gebäudes eine 24 Zentimeter starke Wärmedämmschicht aufgebracht. Eine witterungsfeste Teilverglasung der Laubengänge wird sich zudem positiv auf die Langlebigkeit der Bausubstanz auswirken. Isolierverglaste Holzsparsenfenster und ein verbessertes Lüftungskonzept in den Bädern werden den Wohnkomfort deutlich erhöhen. In Zeiten steigender Energiepreise, können die Mieter nach der Modernisierung die Heizkosten erheblich senken. Mit dem Dulsberg setzt die FRANK-Gruppe die kontinuierliche energetische Optimierung ihres Bestandes fort. In den kommenden Jahren plant das Unternehmen weitere Modernisierungsmaßnahmen an seinen Immobilien in Hamburg vorzunehmen.

Rückfragen:

Enno Isermann, Pressestelle der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Tel.: 040 428 40 – 20 51, oder -3063, -3249, -2058, enno.isermann@bsu.hamburg.de
FRANK-Gruppe, Clemens Thoma, Fuhlsbüttler Straße 216, 22307 Hamburg, Telefon: 040 / 697 11 –
177, E-Mail: clemens.thoma@frankgruppe.de, www.frankgruppe.de

04. März 2010 /bsu04a

SAGA GWG baut mehr neue Wohnungen

Hajduk und Basse präsentieren Neubauinitiative und Engagement für den Klimaschutz

Um den Wohnungsbau für preiswerten Wohnraum in Hamburg zu aktivieren, haben die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU) und SAGA GWG gemeinsam Ziele für den Bau neuer Wohnungen verabredet. Dies erklärte die Senatorin für Stadtentwicklung und Umwelt, Anja Hajduk, bei einem gemeinsamen Pressegespräch heute mit dem Vorstandsvorsitzenden von SAGA GWG, Lutz Basse.

„Der Senat wird die Rahmenbedingungen für den Wohnungsbau weiter verbessern. Dazu wird unter anderem ein städtischer Wohnungsbaukoordinator beitragen, der zur Beschleunigung der Umsetzung von Wohnungsbauvorhaben beitragen soll. Zudem wird die Stadt künftig bei der Vergabe städtischer Grundstücke die Konzeptqualität der Bauvorhaben stärker gewichten als den zu erlösenden Preis“, kündigte Stadtentwicklungssenatorin Anja Hajduk an. Mit diesen Maßnahmen gibt der Senat wichtige Anreize zur Förderung des Mietwohnungsbaus.

SAGA GWG wird in den kommenden Jahren verstärkt in den Bau neuer Wohnungen investieren. Senatorin Hajduk präsentierte folgende Zielzahlen für insgesamt 1.230 Baubeginne durch SAGA GWG:

2010: rund 230 Wohnungen

2011: rund 450 Wohnungen

2012: rund 550 Wohnungen

Zur Unterstützung des Engagements der Umwelthauptstadt für den Klimaschutz will SAGA GWG künftig möglichst nur noch im Passivhausstandard bauen. Bereits im Herbst 2010 werden Neubauten im Wilhelmsburger „Weltquartier“ im Passivhausstandard begonnen. Ab 2011 ist beabsichtigt, weitere Neubauten im Passivhausstandard zu errichten. Außerdem trägt SAGA GWG mit seit Jahren kontinuierlich durchgeführten, energetischen Modernisierungen der Bestände für jährlich rund 70 Mio. Euro und den daraus resultierenden CO₂-Einsparungen zu Hamburgs Klimaschutzzielen bei.

„SAGA GWG wird immer wichtiger bei der Versorgung der Hamburger mit preiswerten Wohnungen und leistet damit einen wichtigen Beitrag bei der sozialen Quartiersentwicklung. Ich freue mich sehr, dass das Unternehmen dies mit einem großen Engagement im Klimaschutz koppelt“, so Hajduk.

Der Vorstandsvorsitzende Lutz Basse begrüßte das Vorhaben, die Durchlaufzeiten in der Planungsphase von Bauvorhaben zu verkürzen: „Beschleunigte und vereinfachte Genehmigungsverfahren werden unter Ausschöpfung der Förderwege mehr Neubauten ermöglichen.“ Gemeinsam sprachen sich Hajduk und Basse für die Einsetzung eines Wohnungsbaukoordinators aus.

Basse stellte das bisherige Neubauvolumen seines Unternehmens dar. SAGA GWG hat in den vergangenen 10 Jahren (1998 bis 2008) rund 2.690 Wohnungen, also durchschnittlich pro Jahr 270 Wohnungen, überwiegend im geförderten Wohnungsbau, errichtet. Drei Viertel davon bedienen das Segment der familiengerechten Wohnungen.

Fünf aktuelle Neubauvorhaben von SAGA GWG wurden heute präsentiert. Gebaut wird nach den verbindlichen Energiestandards.

St. Pauli: 9 WE

Marktstraße 31 Ecke Turnerstraße, frei finanziert

Wohnungsgrößen zwischen 55 m² und 86 m², 2 – 4 Zi.; Baubeginn ab März 2010

Altona-Altstadt: 10 WE

Behnstraße 53, frei finanziert,

Wohnungsgrößen zwischen 70 m² und 100 m², 3 – 4 Zi.; Baubeginn ab III. Quartal

Langenhorn: 41 WE (Seniorenwohnanlage)

Sandfoort und Rittmerskamp, öffentlich gefördert,

Wohnungsgrößen zwischen 40 m² und 65 m², 1 – 3 Zi.; Baubeginn ab III. Quartal

Neustadt: 28 WE

Bäckerbreitengang 1-4 und Neustädter Straße 56, öffentlich gefördert

Wohnungsgrößen zwischen 37 m² und 87 m², 1 - 4 Zi.; Baubeginn ab III. Quartal

Wilhelmsburg: 24 WE

Gert-Schwämmle-Weg (neue Straße zur Schließung einer Baulücke),
öffentlich gefördert, Weltquartier-Projekt im Rahmen der IBA, *Passivhausstandard*
Wohnungsgrößen zwischen 55 m² und 87 m², 2 – 4 Zi.; Baubeginn: IV. Quartal

Gebäudeabbildungen der Architekten senden wir gern per E-Mail zu.

Zusätzlich sind weitere Vorhaben in der Genehmigungsphase in den Bauämtern anhängig.

Anmerkung zur Mietentwicklung

Im Hinblick auf die öffentlich geführte Mietendiskussion stellte Basse dar, dass die Mietentwicklung von SAGA GWG sich unverändert dämpfend auf den Mietenspiegel auswirkt. Das Unternehmen orientiert sich am Mietenspiegel, treibt aber diese Richtwerte nicht.

Die Mieten von SAGA GWG im frei finanzierten Wohnungsbestand sind an den jeweiligen Mittelwerten des örtlichen Mietenspiegels orientiert und damit vergleichsweise günstig. Die Mieten im preisgebundenen, öffentlich geförderten Bereich liegen noch darunter.

Die durchschnittliche Miete aller SAGA GWG Wohnungen beträgt derzeit **5,42 Euro pro m² netto kalt** zuzüglich Betriebskosten. Zum Vergleich liegt der Durchschnittswert aller Mittelwerte im aktuellen Hamburger Mietenspiegel bei 6,76 Euro pro m² ohne Betriebskosten.

Die Mieten von knapp 80 Prozent aller Wohnungen von SAGA GWG liegen unter den Eingangsmieten des sozialen Wohnungsbaus von derzeit 5,70 Euro pro m² Wohnfläche pro Monat.

Die jährlich und repräsentativ gemessene Wohnzufriedenheit der Mieter von SAGA GWG liegt bei 86 Prozent Zustimmung zu den Angeboten und Leistungen, erläuterte Basse. Nur 2 Prozent aller befragten Mieter äußern Unzufriedenheit mit dem Preis-Leistungsverhältnis.

Rückfragen:

Enno Isermann, Pressestelle der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,

Tel.: 040 428 40 – 20 51, oder -3063, -3249, -2058, enno.isermann@bsu.hamburg.de

Mario Spitzmüller, Pressestelle SAGA GWG,

Tel.: 040 426 66 91 11, mspitzmueller@saga-gwg.de

2. März 2010/bsb02

Gastschüler: Schleswig-Holstein und Hamburg einig

KIEL/HAMBURG: Der Hamburger Senat und das schleswig-holsteinische Landeskabinett haben heute (02. März) eine vertragliche Übergangsregelung für den grenzüberschreitenden Schulbesuch für das Jahr 2010 getroffen. Bildungsminister Dr. Ekkehard Klug (Schleswig-Holstein) und Bildungssenatorin Christa Goetsch (Freie und Hansestadt Hamburg) werden die Übereinkunft in den kommenden Tagen unterschreiben. Damit besteht Rechtssicherheit für den grenzüberschreitenden Schulbesuch.

Die Freie und Hansestadt Hamburg beschränkt demnach im Jahr 2010 nicht die Aufnahme von Schülerinnen und Schülern aus Barsbüttel an staatlichen Hamburger Gymnasien. Auch Schülerinnen und Schüler mit Förderbedarf werden an staatlichen Sonderschulen in Hamburg bis zu einer Höchstgrenze von 150 Schülern aufgenommen. Wenn die örtlich zuständige Schulaufsicht in Schleswig-Holstein die Freigabe für eine Erfüllung der Schulpflicht in Hamburg erteilt hat und die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt sind, erhalten die Träger von Hamburger Sonderschulen in freier Trägerschaft im Rahmen des gemeinsamen Kontingents für staatliche und private Sonderschulen staatliche Finanzhilfe für die zum Schuljahr 2010/11 aufgenommenen Schülerinnen und Schüler aus Schleswig-Holstein. Darüber hinaus ist die Gewährung von Finanzhilfe im Einzelfall möglich, wenn zusätzliche Ausgleichszahlungen Schleswig-Holsteins an Hamburg geleistet werden.

Schulpflichtige aus Schleswig-Holstein in der dualen Ausbildung können dann Hamburger berufsbildende Schulen besuchen, wenn die Schulaufsicht in Schleswig-Holstein eine Freigabe erteilt hat, die zuständige Schule in Schleswig-Holstein mindestens 1 Stunde und 15 Minuten mit dem öffentlichen Personennahverkehr vom Wohnort entfernt und die Hamburger Schule erheblich schneller erreichbar ist. Bedingung ist zudem, dass in Schleswig-Holstein keine Blockbeschulung angeboten wird. Im Anschluss entscheidet Hamburg im Rahmen freier Kapazitäten.

Beide Länder stimmen darin überein, dass Hamburg Schülerinnen und Schüler aus Schleswig-Holstein nur in begründeten Ausnahmefällen an staatlichen allgemeinbildenden Schulen im Nachbarland aufnimmt.

Das Land Schleswig-Holstein zahlt 2010 an die Hansestadt Hamburg 8,5 Millionen Euro pauschal für die Beschulung von Schülerinnen und Schülern im Nachbarland. Bildungsminister und Senatorin bekräftigen ihre Absicht, bis zum Ende des zweiten Quartals 2010 zu einem neuen längerfristigen Gastschulabkommen zu kommen, das am 1. Januar 2011 in Kraft treten soll. Das Interims-Abkommen lehne sich an das von Hamburg zum Jahresende 2009 gekündigte Gastschulabkommen von 2004 an und „will den Geist gutnachbarschaftlicher Beziehungen fortschreiben“, sagten Goetsch und Klug.

Thomas Schunck
Ministerium für Bildung und Kultur
Brunswiker Straße 16-22, 24105 Kiel
Telefon 0431 988-5805
E-Mail: Thomas.Schunck@mbk.landsh.de

Brigitte Köhnlein
Pressestelle der Behörde für Schule und Berufsbildung
Hamburger Straße 31
22083 Hamburg
Telefon 040.42863.2003
Mobil 0172.4247071
E-Mail: brigitte.koehnlein@bsb.hamburg.de

Pressemitteilung

START
STIFTUNG
ein Projekt der
Gemeinnützigen Hertie-Stiftung

Dürr-Stiftung
Hamburg



Behörde für Schule
Berufsbildung

FRAUENDORFER
FÖRDERSTIFTUNG



JÜRGEN
SENGPIEL
STIFTUNG



ZEIT-Stiftung
Ebelin und Gerd
Bucerius

Bewerbungsstart für START-Schülerstipendien!

- **START in Hamburg: Mindestens 10 neue Stipendienplätze zu vergeben**
- **Bewerbungen sind ab sofort bis zum 30.4.2010 online oder per Post möglich**

Hamburg, 02. März 2010. In Hamburg können sich ab sofort wieder gesellschaftlich engagierte und leistungsstarke Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund für das START-Stipendienprogramm bewerben. Mindestens zehn Stipendienplätze stellt die START-Stiftung – ein Projekt der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung – gGmbH gemeinsam mit fünf Partnern für das Schuljahr 2010/11 zur Verfügung. START in Hamburg ist eine gemeinsame Bildungsinitiative folgender Partner: Dürr-Stiftung Hamburg, Freie und Hansestadt Hamburg – Behörde für Schule und Berufsbildung, J. und E. Frauendorfer-Förderstiftung, Jürgen Sengpiel Stiftung, ZEIT-Stiftung Ebelin und Gerd Bucerius. Bis zum 30. April 2010 können interessierte Schülerinnen und Schüler der Klassenstufen 9 und 10 (bei 13-jähriger Schulzeit) bzw. 8 und 9 (bei 12-jähriger Schulzeit) unter www.start-stiftung.de ihre Bewerbungen für die Aufnahme in den nunmehr sechsten START-Stipendiatenjahrgang in Hamburg einreichen.

Ziel von START ist es, Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund, die gute schulische Leistungen und ein überzeugendes soziales Engagement aufweisen, verstärkt die Möglichkeit zu einer höheren Schulbildung und damit verbunden bessere Chancen für eine gelungene Integration in unsere Zuwanderungsgesellschaft zu bieten.

„Die soziale Herkunft entscheidet bei uns noch immer zu stark über den Bildungserfolg. Für Kinder aus Einwanderungsfamilien gilt dies besonders. Das wollen und müssen wir ändern. Vor diesem Hintergrund ist START für uns eine wichtige und wertvolle Ergänzung unserer eigenen Bemühungen“, betont Christa Goetsch, Senatorin für Schule und Berufsbildung.

Das Förderprinzip

Andrea Bartl, Geschäftsführerin der START-Stiftung gGmbH, erläutert: „Die Ausbildung schulischer und beruflicher Kompetenzen und eine soziale Teilhabe zählen zu den Säulen einer gelungenen Integration. Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund haben hier jedoch häufig schlechtere Ausgangsbedingungen. START möchte diejenigen, die trotz schwieriger Umstände eine hohe Leistungsmotivation und ein ausgeprägtes soziales Engagement zeigen, fördern und motivieren, ihren Weg der Integration weiter zu gehen.“

Der Förderumfang

START sieht eine materielle und eine ideelle Förderung der Stipendiaten vor. Die materielle Unterstützung umfasst ein monatliches Bildungsgeld in Höhe von 100 € und einen Laptop mit Internetzugang. Die ideelle Förderung zielt vor allem auf den Zugang zu Themen und Kontakten, die im privaten Rahmen häufig nicht geboten werden können und über das schulische Maß hinausgehen: Neben grundlegenden Bildungsseminaren – z.B. zu den Themen „Demokratie und Partizipation“, „Medien in Theorie und Praxis“ und „Rhetorik“ – können die Stipendiaten Wahlseminare im künstlerisch-kreativen, sportlichen und naturwissenschaftlichen Bereich belegen. Exkursionen in privatwirtschaftliche Unternehmen und öffentliche Verwaltungseinrichtungen, Beratungen für die Ausbildungs-, Studien- und Lebensplanung sowie die Vermittlung

von Praktika ergänzen das Angebot. Die Stipendiaten profitieren außerdem von einem lebendigen Netzwerk mit anderen Stipendiaten und Alumni. Betreut werden die Stipendiaten in Hamburg von Ivo Hartung, der vom Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung eigens als START-Landeskoordinator eingesetzt ist.

Die START-Stipendien werden zunächst für die Dauer eines Jahres gewährt, können aber bei anhaltend guten Leistungen und gesellschaftlichem Engagement bis zum Erreichen eines höheren Bildungsabschlusses verlängert werden. START versteht sich als Bildungsinitiative, die gleichzeitig fördert und fordert. Die in Hamburg an START beteiligten Partner unterstreichen: „Ein START-Stipendium gewonnen zu haben, ist zunächst eine Bestätigung für Einsatz, Engagement und Fleiß in der Schule. Aber dieser Gewinn hat Folgen: Zum Stipendium gehören Aufgaben und Pflichten, wie z.B. das Schreiben von Halbjahresberichten und die aktive Teilnahme an den vielfältigen Bildungsangeboten. Wenn Sie jetzt denken, die Stipendiaten sind eine langweilige Strebertruppe, liegen Sie völlig falsch: Es sind fröhliche, offene, lebenszugewandte, moderne junge Menschen mit vielen Begabungen und Interessen. Zu ihnen zählen hervorragende Sportler, Musiker und Sänger, Mathematiker und Naturwissenschaftler, Redakteure, Sprachgenies und Klimaaktivisten. Sie zu erleben, ist eine große Freude.“

Der Weg zur Förderung

Zu den Bewerbungsvoraussetzungen für ein START-Stipendium zählen: der Migrationshintergrund der Schüler, ihrer Eltern oder Großeltern, gesellschaftliches Engagement und ein Notendurchschnitt von 2,5 und besser. Schüler sollten zum Zeitpunkt der Bewerbung die Klassenstufen 9 und 10 (bei 13-jähriger Schulzeit) bzw. die Klassenstufen 8 und 9 (bei 12-jähriger Schulzeit) besuchen. Die Bewerbung kann online oder per Post erfolgen. Unter www.start-stiftung.de stehen das notwendige Antragsformular sowie weiterführende Informationen bereit.

Die Gemeinnützige Hertie-Stiftung hat das START-Schülerstipendienprogramm im Jahr 2002 mit rund 20 Stipendien in Hessen begonnen. Heute unterstützen rund 100 Kooperationspartner das Programm – Stiftungen aus Deutschland und den USA, Kultusministerien, Kommunen, Privatpersonen, Unternehmen und Vereine. Seit 2007 führt die START-Stiftung gemeinnützige GmbH als Tochtergesellschaft der Hertie-Stiftung das Programm durch. Im Schuljahr 2009/10 werden insgesamt rund 640 Schülerinnen und Schüler aus über 60 Her-

kunftsländern gefördert. Zusammen mit den Stipendiaten, die bereits das Abitur abgelegt haben, profitier(t)en 1.000 Stipendiaten von dem Programm. START ist in den Bundesländern Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und Thüringen vertreten.

Pressekontakt:

START-Stiftung gGmbH
c/o ICPAHL & GÜTLER
Silke Güttler
Gluckstr. 27 H
60318 Frankfurt a.M.
Tel.: 0 69-66 12 48 52
Fax: 0 69-66 12 48 53
E-Mail: S.Guettler@icpahl.de

2. März 2010/jb02

Vorratsdatenspeicherung: Karlsruher Richter zeigen der Überwachungsgier die rote Karte

„Die Karlsruher Richter zeigen der Überwachungsgier die rote Karte. Das höchste deutsche Gericht entscheidet mit seinem Urteil zur Vorratsdatenspeicherung für den Rechtsstaat – eine Entscheidung, die ich ausdrücklich begrüße“, kommentiert **Justizsenator Dr. Till Steffen** das Urteil des Bundesverfassungsgerichts. „Das Gesetz zur Vorratsdatenspeicherung stellt die Bürgerinnen und Bürger unter Generalverdacht. Das Datensammeln auf Vorrat verkehrt das rechtsstaatliche Grundprinzip der Unschuldsvermutung in sein Gegenteil und stellt die Bürgerinnen und Bürgern unter Generalverdacht. Die Karlsruher Richter haben Entscheidung für den Rechtsstaat getroffen“, so **Justizsenator Steffen**.

Hintergrund:

Die Karlsruher Richter haben die massenhafte Speicherung von Telefon- und Internetdaten zur Strafverfolgung für unzulässig erklärt. Das Gesetz zur Vorratsdatenspeicherung verstößt gegen das Telekommunikationsgeheimnis und ist nicht vereinbar mit dem Grundgesetz. Die Richter bemängeln die niedrigen Standards für die Datensicherung und vermissen den Zusammenhang zwischen riesigen Datenpools und dem Ziel der Speicherung sowie Regelungen für Transparenz.

Das Gesetz zur Vorratsdatenspeicherung ist die Grundlage dafür, dass seit 2008 Daten über die Telefon-, E-Mail- und Internetnutzung für sechs Monate gespeichert werden, um sie zur Strafverfolgung mit dem Zweck der Gefahrenabwehr zu nutzen. Im größten Massenklageverfahren in der Geschichte des Gerichts hatten fast 35 000 Bürgerinnen und Bürger geklagt.

Kontakt:

Pia Kohorst, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Tel. 040 42843 3143, Mobil: 0172 4327953, E-Mail: pressestelle@justiz.hamburg.de

4. März 2010/bksm04

Frappant Künstler ziehen in Viktoria-Kaserne

Übergangslösung für 130 Künstler gefunden

Nach Unterzeichnung eines Nutzungsvertrages zwischen der städtischen Sprinkenhof AG und dem Verein Frappant e.V. am vergangenen Montag, ist nun der Weg frei für einen Umzug der 130 Künstler in die Viktoria-Kaserne. Die Künstler waren zuletzt auf das Vermittlungsangebot der Behörde für Kultur, Sport und Medien (BKSM) eingegangen, die sich wie schon beim Gängeviertel erfolgreich in die Verhandlungen einbringen konnte. Teil dieses Angebots ist ein Mietvertrag für die Viktoria-Kaserne bis zum 31. März 2011 zur Nutzung von gut 3.500 Quadratmetern. Die Differenz zu einer marktüblichen Miete wird durch einen Zuschuss in Höhe von zwei Euro pro Quadratmeter aus dem „Zwischennutzungsfonds“ der BKSM finanziert, der mit Unterstützung der Finanzbehörde aufgelegt worden war.

Parallel zu dieser Übergangslösung sind die Künstler und der Geschäftsführer der neu gegründeten Hamburg Kreativ Gesellschaft mbH, Egbert Rühl, der sein Amt am 1. März angetreten hat, in direkten Gesprächen über mögliche Immobilien, die als dauerhafte Bleibe und für die weiteren Konzeptvorstellungen der Künstler in Frage kommen könnten.

Senatorin Prof. Dr. Karin v. Welck: „Ich bin froh, dass wir nach langen Verhandlungen jetzt eine Übergangslösung gefunden haben. Und ich bin zuversichtlich, dass wir den Künstlern mit Unterstützung von Kreativ Gesellschaft Geschäftsführer Rühl dauerhaft Räume zur Verfügung stellen können. Orte der bildenden Kunst in Hamburg möglich zu machen, ist uns wichtig. Deswegen hat sich die BKSM für eine konstruktive Einigung engagiert.“

Der Vertrag der Künstler mit dem privaten Eigentümer des Frappant war zum 30. November 2009 ausgelaufen. Mit dem Bürgerentscheid vom 19. Januar 2010 hatten sich 77 Prozent der Altonaer für den Abriss des Frappant Gebäudes und die Ansiedlung eines schwedischen Möbelhauses entschieden. Nach dem Umzug der Künstler von Frappant e.V. wird der Weg frei für die Umsetzung dieser Entscheidung.

Für Rückfragen:

Susanne Frischling
Pressesprecherin der Behörde für Kultur, Sport und Medien
040 – 428 24 207
susanne.frischling@bksm.hamburg.de

4. März 2010/bksm04a

70.000 Euro für Kinder- und Jugendkulturprojekte Bewerbungen für den Fonds „Kultur bewegt“ bis 15. April möglich

Mit der Ausschreibung des Fonds "Kultur bewegt" fördert die Stiftung Maritim Hermann und Milena Ebel auch in diesem Jahr wieder Projekte der Kinder- und Jugendkultur in Hamburg. Im Rahmen der Ausschreibung stellt die Stiftung insgesamt 70.000 Euro zur Verfügung und setzt damit ihr 2006 begonnenes Engagement in enger Zusammenarbeit mit der Behörde für Kultur, Sport und Medien fort. Angesprochen sind vor allem Projekte für Kinder und Jugendliche in Stadtteilen, die von kultureller Projektarbeit bisher wenig erreicht wurden.

Senatorin v. Welck: „Die Auseinandersetzung mit Kunst und Kultur stärkt unverzichtbare Schlüsselkompetenzen in der Entwicklung von Kindern und Jugendlichen: Sie ermöglicht ihnen, ihrer Kreativität freien Lauf zu lassen, ihre Sinne zu entfalten und Vertrauen in die eigene Gestaltungskraft zu gewinnen. Gerade in Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf ist dies besonders wichtig. Daher freue ich mich sehr, dass dort dank des Fonds „Kultur bewegt“ auch in diesem Jahr wieder wichtige Projekte unterstützt werden können.“

Anträge auf Förderung können bis zum 15. April 2010 bei der Stiftung Maritim Hermann und Milena Ebel gestellt werden. Das Antragsformular steht als Download unter www.kultur-bewegt.de bereit.

Durch das Engagement der Stiftung Maritim Hermann & Milena Ebel wurden in den vergangenen dreieinhalb Jahren bereits mehr als 50 Hamburger Kinder- und Jugendkulturprojekte unterstützt. Insgesamt beläuft sich die Fördersumme auf über eine Million Euro.

Weitere Informationen gibt es unter www.stiftungmaritim.de oder www.kultur-bewegt.de.

Für Rückfragen:

Ilka v. Bodungen
Pressesprecherin der Behörde für Kultur, Sport und Medien
040 – 428 24 293
Ilka.vonbodungen@bksm.hamburg.de

3. März 2010/bsu03

Benno Hain neuer Leiter der Leitstelle Klimaschutz

Fachmann des Umweltbundesamtes wechselt nach Hamburg

Benno Hain ist seit Anfang März neuer Leiter der Leitstelle Klimaschutz in der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt. Im Umweltbundesamt in Dessau leitete Benno Hain zuletzt das Fachgebiet „Klimaschutz“ und war dort unter anderem zuständig für internationale Klimaverhandlungen, die Zusammenarbeit mit dem Europäischen Themenzentrum Luft/Klima sowie für die Leitung des Kompetenzzentrums Klimafolgen und Anpassung (KomPass). Er bringt auch fundierte Erfahrungen zur Ökosystemforschung Wattenmeer und zur Umweltbeobachtung mit.

Umweltsenatorin Anja Hajduk freut sich auf die Zusammenarbeit mit dem ausgewiesenen Umweltfachmann: „Um unsere anspruchsvollen Klimaschutzziele in Hamburg zu erreichen brauchen wir eine gute Koordination und ein Bündel wirkungsvoller Maßnahmen. Die Leitstelle ist so etwas wie unsere Schaltzentrale für einen wirksamen Klimaschutz. Sie schiebt Projekte an, bündelt Informationen und hilft uns wirksame Strategien für den Klimaschutz zu erarbeiten. Mit Benno Hain bekommt die Umwelthauptstadt einen ausgewiesenen Klimafachmann mit internationalen Erfahrungen.“

Vom Umweltbundesamt in Dessau zur Senatsverwaltung in Hamburg. Für Benno Hain ein logischer Wechsel, der seines Erachtens von der übergeordneten internationalen und nationalen Politikebene nun stark auf die Umsetzung von Maßnahmen orientiert ist. Wichtige anstehende Aufgabe für ihn wird die Fortentwicklung und Koordinierung des Klimaschutzkonzepts sein und die weitere Realisierung eines Evaluierungs- und Monitoringverfahrens für die Klimaschutzaktivitäten.

Weitere Informationen zur Leitstelle Klimaschutz unter <http://www.klima.hamburg.de>

Für Rückfragen:
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
- Pressestelle -
Tel.: 040 / 428 40 -2051 oder -3063



Finanzgericht Hamburg

Pressemitteilung Nr. 2/10/ger2

vom 2. März 2010

Newsletter des Finanzgerichts Hamburg

Das Finanzgericht Hamburg erweitert sein Serviceangebot um einen Newsletter. Der Newsletter informiert die interessierte Öffentlichkeit über aktuelle Entscheidungen, öffentlichkeitswirksame Verhandlungen sowie interessante Entwicklungen und Veränderungen im und um das Finanzgericht Hamburg.

Unter der Rubrik „Wussten Sie schon“ finden die interessierten Leserinnen und Leser zudem Tipps und Hinweise um den Ablauf und die Führung eines finanzgerichtlichen Verfahrens. Alle im Newsletter erwähnten Entscheidungen des Finanzgerichts Hamburg sind über einen eingebundenen Link im Volltext abrufbar; eine Serviceleistung, die vor allem für die Verwaltung sowie die Rechtsanwälte, Steuerberater und Wirtschaftsprüfer von Interesse sein dürfte.

Der Newsletter erscheint vierteljährlich jeweils zum Ende des Quartals. Der Bezug des Newsletters ist kostenlos. Die Anmeldung erfolgt über die Homepage des Finanzgerichts Hamburg unter www.fghamburg.de.

Für Rückfragen:

Christoph Schoenfeld

Präsidialrichter und Pressesprecher des Finanzgerichts Hamburg

Tel.: 040 - 42843 7749 oder 7726

Fax: 040 - 42843 7777

Das Finanzgericht Hamburg ist als Oberes Landesgericht zuständig für Steuer-, Zoll-, Kindergeld- und Europäisches Marktordnungsrecht. In Zoll- und Marktordnungsverfahren besteht eine gemeinsame Zuständigkeit auch für die Länder Schleswig-Holstein und Niedersachsen. Sechs Senate mit z. Z. 21 Richterinnen und Richtern entscheiden über rund 1.800 Verfahren im Jahr.

Terminkalender

Vom 8. März bis 13. März 2010

Die Hinweise dienen nur zur Information; sie gelten nicht als Einladung. Auskünfte über Fototermine und Möglichkeiten der Berichterstattung werden unter der Rufnummer 428 31 - 2182/2183 erteilt.

Montag, den 08.03.2010

11:00 Rathaus, Großer Festsaal
Senator Axel Gedaschko hält eine Rede anlässlich des **125-jährigen Jubiläums der Hamburg Hafen Logistik AG**.

Senatorin Anja Hajduk nimmt teil.

17:00 Rathaus, Großer Festsaal
Senator Dr. Till Steffen spricht ein Grußwort anlässlich des **Senatsempfangs zum 99. Internationalen Frauentag**.

Staatsrätin Carola v. Paczensky nimmt teil.

17:00 Forum DZ Bank, Pariser Platz 3, 10117 Berlin
Senator Dietrich Wersich nimmt teil an der **Preisverleihung des Bundeswettbewerbs „Förderpreis Aktive Bürgerschaft 2010“**. Bundeskanzlerin Angela Merkel wird mit ihrer Laudatio das beispielhafte Engagement der Bürgerstiftungen Bad Essen und Hamburg für Familien ehren.

Dienstag, den 09.03.2010

11:30 Rathaus, Bürgermeisteramtszimmer
Senator Dr. Till Steffen empfängt **Patricia O'Brian, The Legal Counsel of the United Nations, zu einem Gespräch**.

17:00 Hotel Hafen Hamburg, Seewartenstraße 9, Saal Ellipse II
Senator Dietrich Wersich besucht den **Frühjahresempfang der Betriebskrankenkassen BKK**.

Mittwoch, den 10.03.2010

10:45 ITB, Messedamm 22, Berlin
Staatsrat Dr. Nikolas Hill besucht die **Internationale Tourismus Börse (ITB)** in Berlin und spricht ein Grußwort zur Standeröffnung der Freien und Hansestadt Hamburg sowie beim Hamburg Empfang.

Donnerstag, den 11.03.2010

11:30 Rathaus, Bürgermeistersaal
Staatsrat Dr. Manfred Jäger nimmt teil am **Senatsempfang anlässlich der German Open im Taekwondo 2010**.

18:00 Helmut-Schmidt-Universität der Bundeswehr, Holstenhofweg 85
Senatorin Prof. Dr. Karin v. Welck besucht die **Diskussionsveranstaltung „Bundeswehr im Einsatz: Krisenherd Afghanistan“** mit Bundeskanzler a.D. Helmut Schmidt und Bundesminister der Verteidigung Dr. Karl-Theodor Freiherr von und zu Guttenberg.

Staatsrat Dr. Nikolas Hill nimmt teil.

Freitag, den 12.03.2010

09:00 Handwerkskammer, Holstenwall 12, Hamburg
Senator Christoph Ahlhaus hält einen **Vortrag bei einer Veranstaltung der Gewerkschaft der Polizei.**

11:15 ITB 2010 Messedamm 22, Halle 6.2a , Berlin
Senator Axel Gedaschko spricht ein Grußwort zur **Eröffnung der Veranstaltung „Kreuzfahrt Symposium und Verleihung der KREUZFAHRT GUIDE Awards 2009“ im Rahmen der ITB 2010 in Berlin.**

19:00 'Krameramsstuben', Krayenkamp 10
Staatsrat Dr. Manfred Jäger nimmt teil am **Abendessen des Executive Commitees der European Fédération for Company Sport in Hamburg.**

Samstag, den 13.03.2010

16:00 Sporthalle Hamburg, Krochmannstr. 55
Staatsrat Dr. Manfred Jäger besucht die **German Open im Taekwondo 2010.**